

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal (Tel. 950-104) des Rathauses Wadersloh am 19.12.2007

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:14 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Blessau, Gerhard

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

RM Braun, Stefan

RM Brune, Walter

RM Driftmeier, Josef

ab 18:04 Uhr (P. 4 teilw.) / bis 19:32 Uhr (P. 12 teilw.)

RM Eckey, Werner

ab 18:35 Uhr (P. 5 teilw.)

RM Eilhard-Adams, Maria

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Gövert, Thorsten

RM Grothues, Klaus

RM Heitvogt, Josef

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Jungilligens, Alfred

RM Marke, Ferdinand

RM Marx, Bernd

RM Moltran, Heike

RM Müller, Frank

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Preßer, Bernd-Lothar

RM Rühl, Jürgen

RM Sadlau, Verena

RM Schmidt, Erich

RM Steiling, Norbert

RM Steiling, Ulrike

RM Weber, Erwin

RM Weinekötter, Wilhelm-Josef
RM Weißenfels, Helmut
RM Werner, Helmut

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann
Herr Blex, Franz
Herr Schomacher, Antonius
Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar

Es fehlte:

RM Borghoff, Paul

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit den Anlagen
- 5.1. Haushaltssatzung 2008 HA 20/07, P. 17.1
- 5.2. Stellenplan 2008 HA 20/07, P. 17.2
6. Neufestsetzung von Elternbeiträgen für die Übermittag- und 13+-Betreuung sowie ergänzende Regelungen zu den Beiträgen der Offenen Ganztagschule ab 01.01.2008 durch Beschluss einer Änderungssatzung SKA 09/07, P. 8
HA 20/07, P. 6
7. Widmung Gemeindestraße "An den Weiden" HA 20/07, P. 13
8. Müllabfuhrgebühren für das Jahr 2008
Beschluss einer Satzung zur 7. Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung HA 20/07, P. 14
9. Beschluss der 4. Änderung der Hundesteuersatzung HA 20/07, P. 15
10. Unterschutzstellung des Wohn- und Wirtschaftsgebäudes (Bauernhaus) Langenberger Straße 59, Wadersloh, gem. § 3 Denkmalschutzgesetz (HA 19, P. 6) HA 20/07, P. 19
11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 "Bahnhofstraße/Wilhelmstraße" - Aufstellungsbeschluss zur Änderung HA 20/07, P. 20
BPA 22/07, P. 7
12. Planungsentscheidung über Einzelhandelsstandorte im Ortsteil Wadersloh (HA 20/07, P. 26.1)
13. Anfragen der Ratsmitglieder
14. Berichte der Ausschüsse
- 14.1. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 9 am 12.11.2007
- 14.2. Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 21 am 15.12.2007
- 14.3. Ausschuss für Umwelt und Landschaft Nr. 7 am 21.11.2007
- 14.4. Ausschuss für Familie und Soziales Nr. 11 am 22.11.2007
- 14.5. Hauptausschuss Nr. 20 am 05.12.2007
15. Verschiedenes;
Termin der Ratssitzung vom 30.04.2008

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Kurzbericht der Verwaltung

1. Antrag der FDP-Fraktion zum Produkt 10.03.01 – Wohnbauförderung

Mit Datum vom 10.12.2007 beantragt die FDP-Fraktion die kurzfristige Beratung zur Aufstellung eines Konzeptes für die „Kinderförderung beim Kauf von Wohngrundstücken“ In den Haushaltsplanberatungen zum Produkt 10.03.01 – Wohnbauförderung wurden die Mittel für die Wohnbauförderung gestrichen. Zusätzlich wurde folgendes Ziel definiert:

„Erstellung eines Förderkonzeptes für Grundstückskäufer bis zum 31.03.2008“

Im Produkt 01.10.03 stehen weiterhin 50.000,00 € für die Vermarktung von Wohnbaugrundstücken zur Verfügung.

Die Verwaltung wird baldmöglichst ein Konzept zur Vermarktung der Wohnbaugrundstücke vorlegen. Hierin werden Ziele und Inhalte beider Produkte berücksichtigt.

2. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 „Altes Forsthaus“

Der Satzungsbeschluss des Rates vom 31.10.2007 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 „Altes Forsthaus“ wurde am 10.11.2007 in der Tageszeitung „Die Glocke“ öffentlich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan „Altes Forsthaus“ nun rechtsverbindlich.

3. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 „VEP Betonwerk Gödde“

Der Satzungsbeschluss des Rates vom 31.10.2007 zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 „VEP Betonwerk Gödde“ wurde am 13.11.2007 in der Tageszeitung „Die Glocke“ öffentlich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung ist die Änderung des Bebauungsplanes „VEP Betonwerk Gödde“ nun rechtsverbindlich.

4. IHK-Standortanalyse

Die IHK hat für 2007 eine Stärken-Schwächen-Analyse für 78 Kommunen aus den Kreisen Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt und Warendorf und den in diesem Bereich liegenden kreisfreien Städten anhand von 18 Indikatoren durchgeführt und ein Ranking der Kommunen erstellt. Eine Auswertung auch dieser Daten wird durch die Projektgruppe WegWeiser 2020 erfolgen.

Die verwaltungsinterne Projektgruppe bereitet derzeit unter dem Titel WegWeiser 2020 einen Bericht, der die aktuelle Gesamtsituation und mögliche Handlungsempfehlungen beinhalten soll, zur Beratung in den politischen Gremien vor. Der Bericht soll nach den Osterferien 2008 vorgelegt werden.

5. Regionale Initiative Lippe-Raum – NRW-EU Ziel 2-Programm

Anfang November hat die Landesregierung den NRW-EU Ziel 2-Wettbewerb „Erlebnis NRW“ ausgelobt. Alle Regionen des Landes NRW sind aufgefordert, innovative Projekte einzureichen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Tourismuswirtschaft nachhaltig gestärkt und „Natura-2000-Gebiete“ für das Naturerleben erschlossen werden. Der Wettbewerb ist als Dachwettbewerb mit zwei unterschiedlichen Wettbewerbssäulen konzipiert (Einzelheiten unter <http://www.ziel2-nrw.de/docs/website/2007/home/index.html>).

Zur gemeinsamen Bewerbung um Fördergelder haben sich die Anrainerkommunen der Lippe - von der Quelle bis zur Mündung – zur Kooperation entschlossen. Ziel der Kooperation ist es, die touristischen Handlungsfelder im Lippe-Raum durch Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung von touristischen Projekten und Produkten gesamtregional optimal zu erschließen, auszubauen, zu vernetzen und zu vermarkten.

Ein entsprechender Kooperationsvertrag, dessen Kündigung mit einer Frist von 6 Monaten jederzeit möglich ist, wurde von Herrn Bürgermeister Westhagemann in der Zwischenzeit unterschrieben. Gleichzeitig ist er in der Steuerungsgruppe, die gemäß Vertrag neben zwei Kernarbeitsgruppen für die Steuerung und Koordination des Gesamtprojektes eingerichtet wurde, vertreten.

Die Gemeinde Wadersloh selbst beteiligt sich mit dem Projekt „Planung eines Naherholungsgebietes“ an der Kooperation. Ein durch das Büro Brandenfels, Münster, erstellter erster Projektentwurf (HA 20, 05.12.2007) wurde hierzu bereits an die mit der Aufstellung des Wettbewerbsantrages beauftragte Firma ift weitergeleitet.

6. Veranstaltungs- und Abfallkalender

Nachdem der kombinierte Veranstaltungs- und Abfallkalender seit einigen Jahren erfolgreich erstellt und an alle Haushalte der Gemeinde Wadersloh verteilt wird, wurde das Konzept zum kommenden Jahr nochmals überarbeitet. Nunmehr liegt ein Jahreskalender mit separaten Monatsblättern, in die die wichtigsten Veranstaltungstermine bereits eingedruckt sind und zusätzlich Platz für individuelle handschriftliche Ergänzungen vorhanden ist, vor. Jeder Teilnehmer der Ratssitzung erhielt ein Vorabexemplar. Aufgrund der unterjährigen Veränderungen, insbesondere im Bereich der Veranstaltungen, ist für Ende April und Ende August geplant, mit jeweils einem Sonderdruck über diese Veränderungen zu informieren.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

5 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008 mit den Anlagen

Die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen trugen ihre Stellungnahmen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Stellungnahme der CDU-Fraktion:

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

40 Millionen Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, eine Rekordzahl an Arbeitnehmern; die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahr zurückgegangen und die Steuereinnahmen sprudeln. Und trotzdem sollten wir keine Entwarnung an der Haushaltsfront geben. Sparen und den Cent umdrehen muss weiter die Devise sein. Wir erleben doch schon jetzt, dass sich unsere Gesellschaft verändert und älter wird. Wir können über den demographischen Wandel jammern oder ihn annehmen und positiv gestalten. Was wir nicht dürfen, ist den immer weniger werdenden Jüngeren noch mehr Lasten aufzubürden. Deshalb ist es notwendig, finanzpolitisch saubere Haushalte zu fahren. Deshalb muss jede Maßnahme, jede Investition genau geprüft werden, ob sie notwendig und finanzierbar ist.

Die jüngere Generation darf nicht durch noch mehr Schulden belastet werden. Und so haben wir als CDU-Fraktion den Haushaltsplanentwurf geprüft, jede neue Maßnahme hinterfragt und jeden Cent umgedreht.

Ärgerlich ist es, dass wir als ländliche Gemeinde bei den Soziallasten überdurchschnittlich hohe Solidarleistungen erbringen müssen, wir aber keinen Flächenansatz im Gemeindefinanzierungsgesetz haben, der unsere im Vergleich zu den Einwohnerzahlen hohen Infrastrukturleistungen gerecht wird.

Im Fokus steht wieder die Politik für die Kinder. Die Eltern werden deutlich bei den Kosten für die Offene Ganztagsgrundschule entlastet. Für alle Kinder und Jugendliche, die eine OGS besuchen oder am Programm 13 Plus teilnehmen, wird der Preis für ein Mittagessen auf 1,00 Euro pro Tag festgelegt. Das kann sich sehen lassen.

Die Gemeinde unterstützt erneut den Antrag, an der Hauptschule den Ganztagsschulbetrieb einzurichten. Diese Maßnahme hat für die CDU-Fraktion absolute Priorität. Deshalb haben wir uns auch dafür stark gemacht, dass die ersten Investitionsmittel für den Ganztagsschulbetrieb im kommenden Jahr bereitgestellt werden. Um dies solide zu finanzieren, wird der Radwegneubau von der Bentelerstraße bis zum Römerweg um 1 Jahr verschoben.

Wir möchten, dass der Ganztags schulbetrieb mit dem Schuljahr 2008/2009 beginnen kann. Sicher sind Umbauten dafür dringend nötig und müssen erstellt werden, aber wir brauchen ein sinnvolles Raumprogramm, um vorhandene Klassenräume und auch ungenutzte Räume zu nutzen. Das Raumprogramm sollte bis zu den Osterferien erstellt sein.

Leider werden die pauschalierten Mittel für den Familienpass nicht mehr so stark abgefordert als in der Vergangenheit die mehr projektbezogene Förderung. Trotzdem sollen die Mittel unverändert im Haushalt wieder zur Verfügung gestellt werden. Es müssen Wege gefunden werden, dass Alleinerziehende und Familien ihr Recht auf Leistung auch wahrnehmen.

Das Kolpingjugendwerk als Träger unseres Jugendtreffs hat eine Konzepterweiterung in den letzten Wochen bei der Verwaltung eingereicht. Hier sollen Arbeit und Leistungen ausgebaut werden. Dies kommt den Intentionen der CDU-Fraktion sehr entgegen. Deshalb sprechen wir uns auch schon vor Konzeptberatung und Verabschiedung durch Fachausschuss und Rat für eine deutliche Anhebung des laufenden Zuschuss aus, auf jetzt 60 000,00 Euro. Wenn dem Konzept zugestimmt wird, muss über eine zusätzliche finanzielle Ausstattung beraten werden. In das Konzept sollte unbedingt mit eingeplant werden, wie sich Jugendarbeit durch Ganztags schulen verändert.

Jugend braucht Raum zum Fußballspielen und Pöhlen. Unbedingt benötigt jeder Ortsteil mindesten einen Bolzplatz. Da muss dringend etwas geschehen, auch wenn wir vom DFB die Bolzplätze nicht gefördert bekommen, muss die Verwaltung Alternativen vorlegen.

Die CDU macht sich seit Jahren stark für die Optimierung des Ortsbildes von Wadersloh. In der Frage neuer Aldi muss nicht nur umgehend eine Entscheidung gefällt werden, sie muss auch schnell umgesetzt und möglichst noch 2008 realisiert werden. Der Dreischenhoff muss neu geordnet werden, die Wenkerstraße jetzt endlich umgestaltet werden, die Bahnhofstraße mit einbezogen werden und der Kreisverkehr an der Kreuzung Wenker-, Mühlenfeld-, Diestedder und Bahnhofstraße muss realisiert werden. Wir haben Verständnis für die SPD-Forderung einer Gesamtplanung. Dies unterstützen wir und es muss unter Beteiligung unseres Ortsplaners geleistet werden. Wir haben 20.000,00 Euro für Planung, das muss reichen und daher haben wir die zusätzlichen 100.000,00 Euro Planungskosten der SPD abgelehnt.

Wir dürfen aber nicht immer nur planen und verhandeln, wir müssen auch machen und handeln als Gemeinde.

Gemacht werden soll nach längerer Diskussion im nächsten Jahr das Diestedder Ehrenmal. 10000,00 Euro werden zu Renovierung zur Verfügung gestellt.

Begonnen wird mit der Aufstellung eines Bebauungsplans für Kirchhusen in Liesborn. Mit dem Bebauungsplan für die Herzfelderstraße sind wir hoffentlich bald fertig. Aufgestellt wird auch der Bebauungsplan für Buschkamp II. Wir haben dann sicher für viele Jahre genügend Bauland zur Verfügung. Der Markt ist zurzeit kaputt. Es gibt keine Eigenheimzulage und keinen Steuerabzug für Häuslebauer und das führt zu schleppenden Verkauf. Über eine bessere Grundstücksvermarktung sollten wir unbedingt beraten, die dafür vorgesehenen Mittel von 50.000,00 Euro sind ausreichend. Grundstücksvermarktung für unsere Gewerbegebiete in Wadersloh und Liesborn sind auch gut eingesetzte Mittel.

Abgespeckt wird das Projekt Bürgerpark. Was wir möchten, ist ein Wanderweg mit Grünstreifen am Ortsrand von Wadersloh auf der ehemaligen Trasse der Umgehungsstrasse parallel zur Dieselstraße. Damit können wir klein anfangen und jedes Jahr etwas machen, aber brauchen sicher keine 350.000,00 Euro.

Der Haushalt stellt Weichen für die Sanierung verschiedener Straßen im Ort. Hier muss mit viel Sorgfalt und Fingerspitzengefühl an die Realisierung heran gegangen werden, um so auch die betroffenen Bürger mitzunehmen, denn die bezahlen hinterher auch die Straßen.

Wie in jedem Jahr sind Beträge für den Ausbau von Wanderwegen, für die laufende Unterhaltung unserer Straßen, sowie für die Wirtschaftswege zur Verfügung gestellt. Zunächst wird ein Teil des Heckenweges saniert und dann geht es an den Buschkampweg.

Erstellt wird auch mit überwiegender Hilfe des Kreises Warendorf ein Radweg an der Glennestraße. Schönen Dank auch für den Radweg an der Langenbergerstraße, den der Kreis erstellt hat. Was lange währt wird endlich gut, man muss heute schon in Jahrzehnten denken, wenn es an überörtliche Aufgaben geht.

Viel Kritik mussten wir Ratsmitglieder uns über die Grünpflege in unseren Ortsteilen anhören. Wohl viel zu spät hat man in diesem Jahr mit der Grünpflege begonnen, so dass man mit der Arbeit nicht nach kam und unsere Blumenbeete, der Park, Grünflächenpflege oder Gullyentleerung zu spät kamen. Passend kam dann die Hilfe durch die Freckenhorster Werkstätten, die sich bewährt hat. Nach der Diskussion über unsere Grünanlagenpflege in Bürgerschaft bleibt festzustellen, dass die Bürgerschaft in Diestedde, Liesborn und Wadersloh auf gute Pflege Wert legen und dies gewährleistet werden muss. Sicher werden wir darüber noch im Rahmen der Bauhofuntersuchung zu sprechen kommen. Wir sollten im Januar mit den Beratungen beginnen.

Starten wird am 1. Januar 2008 Frau Voß, die Geschäftsführerin der neuen Marketing Gesellschaft. Wir wünschen ihr einen guten Start schon aus Eigeninteresse, damit es ihr gelingt, neuen Schwung in die Gemeinde zu bringen. Es hat harte Diskussionen gegeben über den Weg, aber das Ziel vor Augen haben wir im Rat dann doch noch Konsens hergestellt. Ich möchte doch betonen, dass bei allen Unterschieden die Ratsarbeit von der Suche nach Konsens und Einigkeit geprägt ist. Ich denke, so muss Kommunalpolitik ablaufen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan und dem Stellenplan zustimmen. Mit der Veränderung im Stellenplan kann man 2008 sicher gut leben, da erst 2009 Personalentscheidungen anstehen können.

Ihnen allen von Rat und Verwaltung, den Menschen in unserer Gemeinde frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.“

Ulrich Bösl
Vorsitzender CDU-Fraktion

Stellungnahme der SPD:

„Die Einbringung eines Haushaltes beinhaltet auch jeweils einen Ausblick auf die Weiterentwicklung, Gestaltung und damit auch Zukunft einer Gemeinde. Dies ist in der Regel mit einem kurzen Rückblick auf das auslaufende Jahr und die erreichten Ziele verbunden.

Der für das Jahr 2008 eingestellte Haushaltsplanentwurf, der zum 3. Mal nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aufgestellt wurde, macht uns Sozialdemokraten nachdenklich und gibt Anlass, einige grundsätzliche strategische Zukunftsfragen einzubringen. Festzuhalten bleibt, dass die Kommune, in der wir leben und uns politisch und in Vereinen einbringen, aber in der wir auch Steuern zahlen, sich verstärkt aus wichtigen kommunalen Kernbereichen zurückzieht und damit wichtige kommunale Verwaltungsaufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Nach dem Motto „Privat vor Staat“ wurden ungeliebte Aufgabenbereiche ausgegliedert, fremd vergeben oder an externe Vermarktungsgesellschaften weitergereicht. Die sozialdemokratische Fraktion hat diesen schleichenden Prozess in den vergangenen Jahren immer kritisch begleitet und sich mit eigenen Vorstellungen einbringen können. Die Vergabe der Jugendarbeit an das Kolping-Jugendwerk Wadersloh e. V., die Gründung einer Marketing Wadersloh GmbH stehen hierfür als Beispiele. Wenn eine Gemeinde und die politischen Institutionen und auch wir Sozialdemokraten diesen Weg mitgegangen sind, ist es jedoch notwendig, einen entsprechenden Gestaltungsraum und damit auch finanzielle Ausstattungen zu gewährleisten. Nachweislich hat sich das Konzept des Kolpingjugendwerkes Wadersloh und die damit verbundene Trägerschaft über den Jugendtreff „Villa Mauritz“ bewährt. Wie schon im

vergangenen Jahr fordert die SPD-Fraktion die Ausweitung des Leistungsangebotes, um eine aufsuchende Jugendarbeit in allen drei Ortsteilen zu gewährleisten. Es reicht nicht aus, zusätzliche schulische Projekte anzubieten und durchzuführen. Wir Sozialdemokraten wollen eine nachhaltige präventive Jugendarbeit auch in den Problembereichen (Blaue Grotte, Vogelstange) in unserer Gemeinde. Um dies zu gewährleisten und das Leistungsangebot auszubauen, fordern wir eine Erhöhung des Zuschusses von jährlich 50.000,00 € auf 75.000,00 €.

Positiv begrüßen wir die gemeinsame Resolution zur geplanten Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, der einstimmig alle vier im Rat der Gemeinde Wadersloh vertretenen Fraktionen zugestimmt haben. Es ist bekannt, dass die CDU/FPD geführte Landesregierung es billigend in Kauf nimmt, aus wahltaktischen Gründen die Kommunalwahl im Herbst 2009 nicht gemeinsam mit der Bundestagswahl durchzuführen. Durch diese geplante Entkoppelung werden Mehrausgaben für die Kommunen von 42 Millionen Euro anfallen, die auch den Wadersloher Haushalt belasten. Wer dies weiß, kann nicht hoffen, dass es zu einer Umstellung des Soziallastenansatzes innerhalb der Schlüsselzuweisungen kommt. Nein, die Landesregierung wird weiter die ländlichen Gemeinden, deren Steuerkraft im Landesvergleich nur unterdurchschnittlich gestiegen ist, finanziell austrocknen. Es ist schon ein Skandal, dass finanzschwache Kommunen selbst in konjunkturell guten Zeiten nicht in der Lage sind, die strukturellen Defizite abzubauen, geschweige denn auszugleichen. Trotz dieser nicht positiven von der Landesregierung geschaffenen Voraussetzungen ist es notwendig, grundsätzlich die Einnahmen- und Ausgabenseite in unserem Haushalt zu überdenken. Verstärkt ist festzustellen, dass der Ortskern in Wadersloh, ja ganze Teilbereiche zusehends veröden, leer stehen und damit das gesamte Dorfbild entscheidend negativ beeinflusst wird. Auch der neugegründeten Wadersloh Marketing GmbH wird es mit ihren geringen finanziellen Ressourcen kaum gelingen, dem entscheidend entgegenzuwirken. Hier ist politisches grundsätzliches Umdenken und Handeln gefordert.

Die Bevorratung von gemeindeeigenem Bauland und deren Ausweisung ist in allen 3 Ortsteilen gewährleistet. Für uns ist es nicht notwendig, bei dramatisch sinkenden Baugenehmigungsverfahren (minus 32 % im NRW-Durchschnitt) in dem Investitionszeitraum bis zum Jahr 2010 weitere Baulandflächen und Ausgleichflächen anzukaufen und auszuweisen.

Wir müssen, und das nicht mittelfristig, sondern schon im Jahr 2008, Mittel in den Haushalt einstellen für eine planerische, konzeptionelle und vertretbare Erneuerung des Wadersloher Ortsbildes. Die Bereiche Wenkerstraße sowie Dreischenhoff müssen von der Straßenführung und ihrer Nutzung überdacht werden. Die SPD-Fraktion fordert zusätzlich die Zurverfügungstellung von 150.000,00 € schon für das Jahr 2008, um kurzfristig erste Maßnahmen planerisch einzuleiten und durchzuführen. Für die beiden Folgejahre wollen wir jeweils 400.000,00 € als erstes Investitionsvolumen bereitstellen. Übrigens fast deckungsgleiche Bilder unseres Ortskerns sind ja in der heutigen Ausgabe der „Glocke“ zu sehen.

Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird die Zukunft an uns vorbeigehen. Die Bevölkerung wird abnehmen und unsere Baulandbevorratung wird noch weniger in Anspruch genommen als dies heute schon der Fall ist. Die anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sehen ebenfalls die Notwendigkeit des Handelns ein, bedauerlicherweise jedoch nicht hier und nicht heute. Dies wird sich als Fehler erweisen. Deshalb appelliere ich nochmals an die, die Verantwortung in dieser Gemeinde tragen. Lassen Sie uns gemeinschaftlich handeln und für eine positive Veränderung des Dorfbildes eintreten.

Wir können nicht auf Investoren oder auf den reichen Onkel aus Amerika warten. Wir müssen jetzt endlich das Heft des Handels selbst in die Hand nehmen. Herr Bürgermeister Westhagemann, es reicht nicht aus, Veranstaltungen „B trifft zu organisieren“ und medial gut vertreten zu sein, wir müssen jetzt endlich gegensteuern und hierzu fordere ich Sie auf. Vor 3 Jahren, bei Ihrer Amtseinführung haben Sie Visionen aufgezeigt, ein Dorf, das sich nach vorwärts entwickelt, das seine Anbindung an seine Nachbargemeinden nicht verliert und das sich attraktiv gestaltet. Das, Herr Bürgermeister, fordert die SPD-Fraktion jetzt endlich ein. Unsere Vorstellungen, die ich gerade vorgetragen habe, sind im Haushaltsplanentwurf 2008 trotz unserer entsprechenden Anträge leider

nicht berücksichtigt worden. Wir befürchten, dass hier eine Chance vertan worden ist, noch rechtzeitig gegenzusteuern und eine positive Entwicklung unseres Dorfes einzuleiten.

Mein Kollege Erich Schmidt hat bei seiner Rede zum Haushalt 2007 die Zustimmung der SPD-Fraktion auch als Vertrauensvorschuss für die Zukunft gewertet. Diesem Vertrauensvorschuss, Herr Bürgermeister, sind Sie nicht gerecht geworden. Der Haushalt für das Jahr 2008 ist eher ein Haushalt „weiter so“. Dem werden wir nicht folgen. Wir wollen die grundsätzliche strategische Neuausrichtung. Dem wird der Haushalt 2008 nicht gerecht. Aus diesem Grunde wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Dies gilt im Übrigen auch für den mittelfristigen Investitionsplan 2008.

Den auf Antrag der SPD-Fraktion geänderten Stellenplan 2008 hingegen stimmen wir zu.“

Bernd Marx
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Stellungnahme der FWG:

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushalt der Gemeinde Wadersloh ist zum dritten Mal nach NKF-Grundsätzen aufgestellt worden. Die Gefahr ist immer noch da, in alte Denkmuster zu verfallen. Nach all den Jahren wird man sie so schnell nicht los. Doch mit einer Schulungsveranstaltung, durchgeführt von kompetenten Mitarbeitern der Verwaltung, findet man sich schnell wieder in die Materie ein und kann diesen Einstieg in die Haushaltsplanberatungen gut nutzen. Ich kann die Veranstaltung an dieser Stelle nur weiterempfehlen.

Aufgabe der Politik ist es, Ziele für die Gemeinde zu formulieren: Sie sollen konkret und innerhalb eines zeitlichen Rahmens überprüfbar sein; so lauteten immer wieder die mahnenden Worte aus den Reihen der Verwaltung.

Viele Ziele hat sich die Gemeinde gesteckt, dazu gehören die ganz kleinen und ganz großen, auch welche zum Staunen und zum Wundern. Da hat sicher jeder seine eigene Wahrnehmung!

Seit NKF arbeiten Verwaltungsmitarbeiter akribisch an Datenbanken zur Baum- und Streckenkontrolle, zur Schülerbeförderung und an einer IT-Komplettdatenbank.

Sie entwerfen Konzepte in verschiedenen Bereichen:

1. Konzept zur Förderung für Grundstückskäufer - ohne oder doch mit Kindern
2. Konzept zur Verbesserung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens
3. Konzept zur Durchführung der Pflege der Sportanlagen durch die Vereine
4. Konzept zur baulichen Gemeindeentwicklung
5. Konzept zur quantitativen Verbesserung des ÖPNV und zur besseren Anbindung an die Nachbarorte
6. Konzept zur Entwicklung eines Naherholungsgebietes zwischen Wadersloh und Liesborn

Doch ist da nicht die Gefahr einer Verzettelung gegeben? Alle scheinen in die Arbeit um die Zukunftsgestaltung eingebunden zu sein, doch mit einer genauen Überprüfbarkeit - wie sieht es damit wirklich aus? Die Erfolge werden im „Bericht zur Lage der Gemeinde“ in drei Kategorien klassifiziert: „Ziel erreicht“, „nicht erreicht“ oder „verschoben“. Lässt sich die Arbeit oder der Erfolg von Verwaltung und Politik wirklich so messen? Reicht es uns Politikern am Ende feststellen zu können: Befriedigend! 77 von 100 Zielen erreicht!

Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Ziele müssen wir in einer Bilanzierung betrachten.

Gute Gründe dem Haushaltsplan zuzustimmen

Die Realsteuerhebesätze bleiben in der Größenordnung des vergangenen Jahres erhalten. Die Gebühren für die Müllentsorgung werden gesenkt, da die erwirtschafteten Überschüsse der vergangenen Jahre über die Gebühren an die Bürger zurückgegeben werden müssen. Das ist eine erfreuliche Nachricht! Die schlechte Nachricht wird aber in absehbarer Zeit auch wieder zu verkünden sein.

Im vergangenen Jahr sind Weichen gestellt worden, die nun im Haushalt ihren finanziellen Niederschlag finden.

Eine umfassende Dorfkernsanierung ist für Wadersloh in den Fokus der Planung gerückt. Vielleicht geht es heute schon ein erhebliches Stück voran! Planungskosten in Höhe von 20.000,00 EUR und erste Sanierungskosten für den Rückbau der Wenkerstraße sind für 2008 vorgesehen.

Dies aber - wie die SPD in Gestalt des Weihnachtsmanns in den Sack zu greifen und mit horrenden Summen für 2008 um sich zu werfen - kann die FWG nicht unterstützen. Es ist nicht davon auszugehen, dass bereits im nächsten Jahr eine Summe von 150.000,00 EUR benötigt wird und für die beiden Folgejahre je 400.000,00 EUR. Die SPD schürt damit Erwartungen, die kurzfristig nicht realisiert werden können. Sie haben aber zur Folge, dass sich Verdruss in der Bevölkerung breit macht, weil es nicht sichtbar voran geht. Die FWG steht dafür ein, die Planung mit Umsicht und Geduld vorzunehmen. Eine gute Lösung muss wachsen, dazu braucht es nicht nur auf die Schnelle viel Geld, sondern auch Zeit.

Die anderen Ortsteile erwarten zu Recht, ebenfalls Perspektiven für ihre Zukunft aufgezeigt zu bekommen. Auch sie möchten an der Entwicklung der Gemeinde teilhaben.

Ein wachsendes Betreuungsangebot für Schüler am Nachmittag trägt den Wünschen und Bedürfnissen von Eltern Rechnung. Es wird von der Gemeinde ausgebaut und unterstützend begleitet. Ein gemeinsames Mittagessen soll mit Zuschüssen von Land und Gemeinde für alle Eltern finanzierbar werden, kein Kind soll ohne Mahlzeit bleiben. Das sagt nur leider wenig über die Qualität der Mahlzeiten aus. Über die Definition von „gesundem Essen“, das mit den Gewohnheiten und Geschmäcken von Kindern in Einklang zu bringen ist, darüber kann man lange diskutieren. Täglich ein vollwertiges Mittagessen für 2,50 EUR pro Kind auf den Tisch zu bringen, da scheint doch eher die Masse als die Klasse im Vordergrund zu stehen. Wenn öffentliche Gelder im Rahmen eines Programms ausgegeben werden, dann hat man damit - auch und gerade - die Möglichkeit der Einflussnahme geschaffen, positiv auf die Esskultur einzuwirken. Diese Chance sollte genutzt werden!

Eine neu gegründete Wadersloh Marketing GmbH soll professionell die Wirtschaftsförderung für unsere Gemeinde in die Hand nehmen. Sich auf das Engagement des Kreises zu verlassen, hat sich bedauerlicherweise als aussichtslos erwiesen. Die Gemeinde, im Verbund mit den örtlichen Handwerker- und Gewerbevereinen sowie dem gastronomischen Marketingclub, trägt als größter Gesellschafter 60.000 EUR von insgesamt 80.000 EUR. Doch was soll und kann sie leisten? Die Erwartungen der einen sind hoch, die Sorge der anderen um ein Scheitern ebenso.

Eine der ersten Aufgaben der Geschäftsführerin wird wohl darin bestehen, die Erwartungen auf ein realistisches Maß herunterzufahren, ohne den Gesellschaftern zu sehr auf die Füße zu treten. Gleichzeitig wird sie Bedenken ausräumen müssen, um die eine oder andere angezogene Handbremse lösen zu können; denn damit kommt man nur schlecht voran.

Kritisch Betrachtungen zu den Haushaltsplanberatungen 2008

Brandschutz

Die Verwaltung verweist gerne auf den engen Kontakt und die gute Zusammenarbeit mit den Feuerwehren der Gemeinde. Der vom Löschzug Göttingen überraschend beantragte Neubau eines Feuerwehrgerätehauses zur Standortsicherung in Göttingen wurde relativiert und wird zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen stellte CDU-Ratsmitglied Fleiter im Hauptausschuss gleich drei Anträge für seine Feuerwehr-Kollegen. Ohne Zweifel, alle unterstützungswürdig: nach vielen Jahren eine Anhebung der Zuschüsse für die Kameradschaftspflege und die Anhebung der Aufwandsentschädigungen für Wehr- und Löschzugführer. Aber dass er auch den Antrag stellen muss, für Schutzkleidung in den kommenden 2 Jahren jeweils 10.000,00 EUR bereitzustellen, damit alle Feuerwehrkameraden mit eben dieser ausgestattet werden können, das ist mehr als unglaublich. Eine so gravierende Position im Haushalt muss, wenn sie eine Notwendigkeit darstellt, in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet sein: Das erwartet die FWG! Davon möchten wir nicht in einer Hauptausschusssitzung von einem vermeintlichen Lobbyisten überrascht werden.

Funktioniert die gute Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Verwaltung doch nicht so gut wie sie immer dargestellt wird, oder überlässt man solche Anträge gern den Vertretern der Mehrheitsfraktion als gute Gelegenheit, um Bonuspunkte zu sammeln?

Umweltschutz

Die FWG stellte im Umweltausschuss den Antrag, Ersatzanpflanzungen im Verhältnis eins zu eins für die durch das Sturmtief „Kyrill“ verloren gegangenen Bäume zu tätigen. Ergebnis der Diskussion: Anpflanzungen - ja. Aber an gleicher Stelle? Das sei unmöglich - der Aufwand zu groß. Und die Art der Bäume? Obstbäume!? Davon gehen Gefahren aus, und gegen Tannen sei man auch, so die Äußerungen von Ausschussmitgliedern.

Die FWG setzt sich unbeirrt für den Erhalt der Artenvielfalt ein. Artenvielfalt, oder wie es das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW in der Erklärung „Countdown 2010“ formuliert: „Biodiversität“. Darin wirbt CDU-Minister Eckhard Uhlenberg in 10 Punkten für deren Rettung. Unter anderem verpflichten sich die Unterzeichner, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Entscheidungsträger auf allen Ebenen, sowohl im öffentlichen als auch privaten Sektor aufzufordern, einen Beitrag zu leisten, um die derzeitige Verlustrate an Biodiversität bis 2010 anzuhalten. Ich gebe zu, ich weiß gar nicht, ob es Unterzeichner gibt. Das erklärte Ziel der Landesregierung scheint jedoch noch nicht auf alle Ebenen durchgedrungen zu sein. Festzustellen ist: Es ist Zeit, dass in Wadersloh ein Umdenken zu Gunsten von Natur und Umwelt einsetzt.

Ein Umdenken ganz anderer Art gab es allerdings in der jüngsten Umweltausschusssitzung. Entschied der Fachausschuss noch im November 2006, welche Bäume an der Langen Straße in Diestedde erhalten bleiben, hatte die Verwaltung bereits ein Jahr später den Weg und die CDU die Argumente gefunden, diese Entscheidung zu revidieren. So kommt man der Lindenallee Baum für Baum ein Stückchen näher!

Gute Gründe den Haushalt für 2008 abzulehnen

Der Haushaltsplan 2008 sieht durch den Verkauf gemeindeeigener Grundstücke Erträge in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro vor. In der Vergangenheit investiertes Geld soll nun zurückfließen. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die Finanzen, sondern auch für eine Entwicklung der Gemeinde vonnöten. Häuslebauer, vorrangig junge Familien mit Kindern und Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und Gewerbesteuern erwirtschaften - um diese Personenkreise wirbt die Gemeinde. - Viele andere Gemeinden allerdings auch. Die Konkurrenz ist groß! In vergangenen Ausschuss- und Ratssitzungen wurde entschieden, dass professionelle Hilfe von außen bei der Vermarktung zu Erfolgen führen soll. So beinhaltet der Haushaltsplanentwurf entsprechend dafür rund 100.000 EUR. Mit einem zusätzlichen Fördertopf von 50.000,00 EUR wollte Bürgermeister Westhagemann Familien mit Kindern unterstützen, wenn sie hier ein Grundstück kaufen. Aber er hatte die Rechnung ohne seine Mehrheitsfraktion aufgestellt. Deren Fraktionsvorsitzender bekundete freimütig: Wir nehmen jeden in der Gemeinde - auch Millionäre!

Kurzerhand reduzierte sich das Ziel per Mehrheitsentscheidung auf die „Aufstellung eines Förderkonzeptes für Grundstückskäufer“, und der dazu gehörige Fördertopf wurde gleich ganz gestrichen. Argument des CDU-Chefs: Wir haben doch die professionelle Vermarktung!

Die FWG fragt: Womit will die Gemeinde denn fördern, wenn nicht mit Geld? Was geben wir den Profis mit in die Hand?

Vielleicht haben sich die größeren Zusammenhänge den Köpfen der CDU noch nicht erschlossen, und Bürgermeister Westhagemann muss nachschulen, oder er wird am Tage X seine Ziele als „nicht erreicht“ einstufen müssen.

In diesem Zusammenhang ist auch die zurückgeschraubte Unterstützung des Jugendtreffs „Villa Mauritz“ zu sehen. Die Verwaltung sah eine Aufstockung für die Jugendarbeit des Kolpingjugendwerkes für 2008 um 20.000 EUR vor; die Träger der Villa Mauritz stellten einen Antrag auf Anhebung um 25.000 EUR, und heraus kamen 10.000 EUR mehr fürs nächste Jahr. Begründung der CDU: Das Konzept lag nicht rechtzeitig vor und muss erst noch beraten werden, dann können wir entscheiden. Die Leiterin des Jugendtreffs Frau Carré stellte in der 10. Familien- und Sozialausschusssitzung im August 2007 ihre Arbeit und Zukunftsplanung vor und hinterließ einen bleibenden positiven Eindruck bei den Ausschusssmitgliedern. Nur so viel zum Konzept: Zur Vorbereitung auf die FSA-Sitzung mit der Haushaltsplanberatung gab es das Konzept in der Anlage zur Einladung.

Für die FWG bleibt festzustellen, dass das Interesse an der offenen Jugendarbeit in der Mehrheitsfraktion als zurückhaltend bezeichnet werden kann. Die Notwendigkeit wird nicht eingesehen, dafür ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Da stimmen Rats- und Ausschusssmitglieder bedenkenlos der Anbringung von an Schulen zu, die lediglich dazu beitragen, dass sich die Probleme verlagern. Dem Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Sicherheit und Ordnung wird damit scheinbar genüge getan. Die FWG ist der Überzeugung, dass es wesentlich sinnvoller ist, die dafür eingesetzten Gelder in die Jugendarbeit fließen zu lassen: Jugendliche aus der Isolation zu holen und mit konstruktiven Mittel Gewaltprävention zu betreiben, anstatt an den Symptomen herumzudoktern und die Ursachen zu ignorieren.

So scheiterte der Bürgermeister ein weiteres Mal an seinen eigenen Leuten und ein drittes Mal beim Stellenplan, wo er für 2008 die Einrichtung einer A 13-Stelle für Beamte des gehobenen Dienstes vorsah. Da muss ich allerdings sagen, das fand auch die Unterstützung der FWG. Der Sachverhalt mindert aber nicht den Eindruck, dass Bürgermeister Westhagemann wohl noch an einigen Stellen überzeugender arbeiten muss, um - wie schon gesagt - seine Ziele zu erreichen.

Zusammenfassung:

Nur mit einem Griff von ca. 354.000,00 EUR in die Ausgleichsrücklage wird der Ausgleich des Ergebnisplanes ermöglicht.

Der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde ist und bleibt also weiterhin eng. Mit diesem Bewusstsein ist es ein zwingendes Gebot, Planungen und finanzielle Mittel gewissenhaft zu tätigen, um nachhaltige Effekte zu erzielen.

Erklärtes Ziel - parteiübergreifend - ist doch die Sicherung unserer Zukunft in Wadersloh: d. h. den Menschen eine attraktives Umfeld zum Leben und zum Arbeiten hier am Ort zu bieten.

- Wir in Wadersloh könnten uns auch zum „Monaco des Münsterlandes“ erklären und uns auf Millionäre spezialisieren. Aber Spaß beiseite! –

Die Schulungsveranstaltung der Bertelsmannstiftung hat die demographische Entwicklung der Gemeinde anschaulich dargestellt. Der nach unten gerichtete Pfeil der Einwohnerzahl (als Hauptursache ist hier der Weggang junger Menschen nach der Schulausbildung genannt worden) und der nach oben weisende des Durchschnittsalters ist keine spezifische Wadersloher Entwicklung. Deshalb ist es zwingend notwendig Strategien zu entwerfen, die dem demographischen Wandel in Wadersloh frühzeitig Einhalt gebieten und der Konkurrenz der Nachbarkommunen standhalten.

Nach Auffassung der FWG beinhaltet der Haushaltsplanentwurf u. a. mit dem Förderprogramm für Grundstückskäufer mit Kindern, dem dazugehörigen Fördertopf und einer Stärkung der Jugendarbeit durch die Gewährung weiterer finanzieller Zuwendungen einige gute Ansätze in diese Richtung. Tragenden Elemente sind aber aus diesem Werk heraus gebrochen worden und damit ist eindeutig eine gute Chance leichtfertig durch die Entscheidungen der CDU vertan worden.

Vorschläge der FWG, die die Lebensqualität und Wohnumfeldverbesserung nachhaltig positiv beeinflusst hätten, hier sei die „Biodiversität“ angeführt und auch soziale Komponenten, die in einer Hundesteuersatzung ihren Niederschlag hätten finden können, wurden von den anderen Parteien - auch durch die unterstützende Zuarbeit der Verwaltung - abgelehnt.

Wir finden, das sind Gründe genug, dem Haushaltsplan 2008 nicht zuzustimmen. Lediglich der Stellenplan findet unsere Unterstützung.

Positiv herausgestrichen werden sollte an dieser Stelle noch, dass immerhin auf Vorschlag der FWG zukünftig jährlich mindestens 2 Ausbildungsplätze von der Gemeinde bereitgestellt werden sollen.

Zum Schluss darf ich Ihnen im Namen der Fraktion frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen.“

Elisabeth Hollenhorst
Vorsitzende FWG-Fraktion

Stellungnahme der FDP:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung.

Die Halbzeit der ersten Legislaturperiode der schwarz-gelben Regierungskoalition in NRW ist geschafft.

Trotz einer zahlenmäßig starken aber kaum wahrnehmbaren Opposition, das positive Echo im Land ist unüberhörbar, findet wohl über die Parteigrenzen hinaus breite Zustimmung. Die Zwischenbilanz steht für die couragierte Neugestaltung von Rahmenbedingungen und die Setzung neuer Prioritäten, teils auch gegen den Widerstand organisierter Einzelinteressen. Die FDP wird dabei weiterhin als verlässlicher Partner, ordnungspolitischer Kompass und Motor in der Koalition dahingehend wirken, dass Kurs und Tempo der neuen Landespolitik stimmig und ausgewogen bleiben.

Liberale Leitlinien wie :

„Privat vor Staat, Freiheit vor Gleichheit und Erwirtschaften vor Verteilen“ bleiben dabei Grundsätze in unseren Handlungsfeldern.

Im Interesse folgender Generationen setzen wir nicht mehr nur auf die Verlängerung der Vergangenheit, sondern konsequent auf Investitionen in die Zukunft, den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, verbunden mit einer nachhaltig soliden Finanzplanung.

Der Blick auf die anstehenden Herausforderungen zeigt für die Gemeinde Wadersloh die Notwendigkeit auf, sich verstärkt den aktuellen Auswirkungen der globalen und demographischen Entwicklungen zu stellen.

Herr Bürgermeister, aus dem von Ihnen vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2008 und Ihrer Einbringungsrede hat die FDP-Fraktion deutliche Reaktionen zu meiner vorhergehenden Feststellung erkannt.

Das Zahlenwerk zeigt aktive Elemente der Steuerung für die wünschenswerte nachhaltige Verbesserung und Absicherung der gesellschafts- und strukturpolitischen Situation in Wadersloh.

Hierzu gehören insbesondere:

1. attraktive Gewerbegrundstücke mit guter verkehrlicher Anbindung, eingebunden in das Produkt „Wirtschaftsförderung“ mit 86.000,00 €
2. Bereitstellung von erschlossenen Wohnbauflächen in allen Ortsteilen. mit werbewirksamen Kaufzuwendungen für Familien und Kinder.
3. Ortskernaktivierung im Bereich Dreischenhoff / Mühlenfeld / Bahnhofstraße
4. Erweiterung der Angebote in den Schulen und Kindergärten. durch Ganztagsbetreuung.

Dieses sind richtige Schritte, mit denen Rahmenbedingungen ausgebaut, gewerbliche Arbeitsplätze gesichert und junge Menschen am Standort Wadersloh gebunden werden. Allerdings, die Mischung muss stimmen:

Die Alterspyramide zeigt auf, dass Senioren die Einwohnerzahl sehr stark stabilisieren. Hier gilt es, Abwanderung in konkurrierende Einrichtungen der Nachbarorte durch die einer Kommune zur Verfügung stehenden Mittel beim Bau und Erhalt von Wohn- u. Pflegeheimen zu begleiten. Für die FDP-Fraktion stehen weitere positive Nachrichten im Zahlenwerk:

Die Steuerhebesätze bleiben nach den in der Planung ausgewiesenen Einnahmen bis einschl. 2010 unverändert.

Mit Einbezug der Neuverschuldung von 500.000,00 € steht die Gemeinde in der s. g. Pro-Kopf-Verschuldung am Ende des Planjahres mit 338,00 € in den DM-Werten der letzten 25 Jahre. Unter dem Gesichtspunkt des ausgewiesenen Anlagevermögens unerheblich und wenig besorgniserregend.

Folgerichtig ist die Senkung der Abfall-Entsorgungsgebühren um ca. 5%. Das entlastet spürbar jeden Haushalt und wird vom Bürger begrüßt; während die Aufsattelung bei der Hundesteuer von zähneknirschenden Kommentaren der Zahler und mit Gebell der Verursacher begleitet wird.

Die Gebäude-, Straßenbauunterhaltung und Rathausausstattung ist mit ausreichenden Mitteln ausgewiesen.

Hier sind wir allerdings der Meinung, dass bei den Kostenansätzen für diesen gesamten Investitionsbereich mit überhöhten Sicherheiten und Standards kalkuliert wurde.

Realistischere Zahlen der Finanzrechnung könnten bereits 2008 ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage einen im Plan und Ergebnis ausgeglichenen Haushalt ausweisen oder diesen zumindest wesentlich verbessern.

Andererseits wird dieser Puffer eine negative Entwicklung bei der sich abzeichnenden schleppenden Veräußerung von Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken abfedern.

Die vorgesehene Bevorratungsquote für dieses Vermögen ist absolut in Ordnung, die Grenze jedoch nicht zwingend.

Mit einer offensiven Werbung, wie neuen Vermarktungsformen und Ideen sollte diese Quote bald das Ziel sein.

Die aktuell vollzogene Streichung der im Etatentwurf vorgesehenen „Fördermittel für Familien und Kinder beim Grundstückskauf“ in Höhe von 50.000,00 € ist dagegen kontraproduktiv und für mich nicht nachvollziehbar.

Die FDP hat hierzu einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt damit die blockierenden Irritationen im Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich und kurzfristig wieder auf den richtigen Weg gebracht werden.

In Ihrer Jahresbilanz, Herr Bürgermeister, werben Sie für mehr Eigeninitiativen seitens der Gemeinde und deren Bürger.

Hierzu ist festzustellen:

Der Etat 2008 stellt im Rahmen der „Freiwilligen Leistungen“ wiederum die Zuschüsse an Einrichtungen und Vereine für Schule, Sport, Familie, Soziales und Kultur ungekürzt zur Verfügung. Das ist Motivation für viele Menschen vor Ort, weiterhin aktiv Gemeindeleben mit zu gestalten. Das abgelaufene Jahr belegt dieses an Hand vieler Aktionen und fertig gestellter Projekte. Die Initiatoren und deren Helfer von Schützen-, Sport- und Heimatvereinen, DRK, Feuerwehr u. a., haben wiederum mit begleitender finanzieller Unterstützung der Gemeinde einen vielfachen Wert für ein attraktives Freizeitumfeld im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit geschaffen.

Für die eingegrenzte Jugendarbeit in der Villa Mauritz ist der Rahmen des freiwilligen Zuschusses im Verhältnis zu den Hilfen an die 81 Vereins-Organisationen in der Gemeinde überzogen.

Die FDP-Fraktion hat sich in allen Stellungnahmen für Kinder- und Jugendbetreuung ausgesprochen. Unsere gegebene Zustimmung zur Einrichtung und Grundförderung ist nach wie vor mit der Betreuung in allen Ortteilen verbunden.

Für den Antrag des Trägers „Kolping-Jugendwerk“ auf Erhöhung des gemeindlichen Zuschusses um 25.000,00 € fehlen daher derzeit grundlegende Voraussetzungen. Die jetzt eingestellten weiteren 10.000,00 € bringen den Betreibern zwar mehr Geld. Von einem ersten Schritt zu der von uns angesprochenen Zielgruppe in Liesborn und Diestedde ist keine Spur zu sehen.

Die „Wadersloh Marketing GmbH“ wird mit Beginn des Jahres ihre Arbeit aufnehmen. Bei der notwendigen Einbindung der Gewerbevereine war bekanntlich einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Verständliche Skepsis ist bei vielen Mitgliedern geblieben. Ein erfolgreiches Wirken zur Erreichung der im Vertrag definierten Ziele beinhaltet „Fordern und Fördern.“ Mit ihrer Beteiligung erwarten die einheimischen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe eine spürbar verstärkte Berücksichtigung bei Angebotsanfragen und Vergaben kommunaler Leistungen. Der Blick in das Zahlenwerk zeigt, es gibt viel zu tun.

Bevor ich zum Schluss meiner Stellungnahme komme, sollte eine begleitende Begebenheit zu den alljährlich üblichen Nivellierungen im Gemeindefinanzierungsgesetz nicht unerwähnt bleiben.

Für Wadersloh ist es 2008 die negativ zu Buche schlagende Wirkung bei der Soziallasten-Berechnung des Landes. Die Resolution dieses Gemeinderates hierzu war legitim und richtig. Sie wird hoffentlich nicht eingespeichert in der Ablage des IT-Dokumenten-Management-Systems, nicht unbeantwortet bleiben.

Das Überraschende aber in dieser Angelegenheit war für uns jedoch das Nachgehen mit der persönlichen Vorsprache unseres Bürgermeisters in Düsseldorf. Das ist der richtige Weg und wird von uns begrüßt. Vertreter der kleinen Kommunen müssen auch in der Staatskanzlei präsent sein, Flagge zeigen, Ungereimtheiten und die damit verbundenen Benachteiligungen solide wirtschaftender Gemeinden offen legen.

Hoffen wir nun, dass sich der Erfolg für einen gerechteren Parameter einstellt.

Es wäre nicht das erste Mal:

Der Ausbau des Landstraßen-Kreuzungspunktes in Diestedde brachte letztendlich durch persönliche Vorsprache beim Verkehrsminister den Durchbruch zu einem vorgezogenen positiven Ergebnis für alle Beteiligten und Nutzer. Diese verbesserte Verkehrsinfrastrukturentwicklung um Wadersloh mit direkter Anbindung des neuen Gewerbegebietes in das Netzwerk der Mittel- und

Unterzentren war ein wichtiger Meilenstein. Weitere inner- und überörtliche Etappen sind abgesteckt.

Die FDP-Fraktion wird mit ihrem Ja zum Etat 2008 einen Beitrag für eine breite Haushaltsmehrheit leisten. Dem Stellenplan werden wir ebenfalls zustimmen.

Für die ergebnisorientierte wie angenehme Zusammenarbeit bedanken wir uns bei allen Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, des Bauhofes und der Presse. Ihnen allen und hier möchte ich die immer willkommenen Zuhörer grüßend mit einschließen:
Frohe Weihnachten, ein gesundes wie erfolgreiches Jahr 2008.“

W.-J. Weinekötter
Vorsitzender der FDP-Fraktion

5.1 Haushaltssatzung 2008

Es wurde wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2008 wird in der nachfolgend erarbeiteten Fassung erlassen.

Haushaltssatzung

der Gemeinde Wadersloh
für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zz. geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Wadersloh mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	19.092.924 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	19.446.720 €
im Finanzplan	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	15.710.550 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.490.325 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.068.590 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	4.721.950 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 500.000 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 1.275.000 € festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 353.796 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 195 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 380 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 403 v.H. |

§ 7

entfällt

§ 8

Erträge und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen werden produktweise zu folgenden Budgets zusammengefasst:

Budget 1: Gleichstellung 01.02.01

Budget 2: Personalrat 01.03.01

Budget 3: Innere Verwaltung 01.05.01, 01.07.01, 01.09.01, 03.01.01, 03.01.02, 03.01.03, 03.01.04, 03.01.05, 03.01.06, 04.01.01, 04.01.02, 04.01.03, 08.01.01, 08.02.01, 15.01.01, 15.01.02

<u>Budget 4: Bauhof</u>	01.05.02
<u>Budget 5: Finanzen</u>	01.04.01, 01.08.01, 01.08.02, 01.08.03, 01.08.04, 16.01.01
<u>Budget 6: Gebäudemanagement</u>	01.10.01, 01.10.02, 01.10.03, 01.10.04, 01.10.05, 01.10.06
<u>Budget 7: Ordnungswesen</u>	02.01.01, 02.02.01, 02.03.01, 02.04.01, 02.05.01, 02.06.01, 02.07.01
<u>Budget 8: Dienstleistungen</u>	05.01.01, 05.01.02, 05.01.03, 05.02.01, 05.03.01, 06.01.02, 06.02.01, 06.02.02, 06.03.01
<u>Budget 9: Bauwesen</u>	09.01.01, 09.02.01, 10.01.01, 10.02.01, 10.03.01
<u>Budget 10: Tiefbau</u>	11.01.01, 11.02.02, 11.02.03, 11.02.04, 12.01.01, 12.02.01, 12.03.01, 13.01.01, 13.01.02, 13.02.01, 14.01.01
<u>Budget 11: Stabsstelle</u>	01.01.01, 01.01.02, 01.06.01, 01.06.02

Personalaufwendungen und –auszahlungen sowie alle zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen sind von der Budgetierung ausgeschlossen.

Alle übrigen Positionen eines Budgets sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge berechtigen zu Mehraufwendungen. Mindererträge verringern die Aufwandsermächtigungen. Das Gleiche gilt für die Ein- und Auszahlungen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 22:10:00 (J:N:E) Stimmen.

5.2 Stellenplan 2008

Es wurde wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Der Stellenplan 2008 wird in der erarbeiteten Fassung beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

Bürgermeister Westhagemann bedankte sich bei allen Beteiligten für die faire Beratung des Haushaltsplanes 2008.

6 Neufestsetzung von Elternbeiträgen für die Übermittag- und 13+-Betreuung sowie ergänzende Regelungen zu den Beiträgen der Offenen Ganztagschule ab 01.01.2008 durch Beschluss einer Änderungssatzung

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Elternbeiträge für die Übermittagsbetreuung werden ab 01.01.2008 auf 15,00 € monatlich und die Beiträge für die 13+-Betreuung auf monatlich 25,00 € pro Kind festgesetzt. Die Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule werden durch die nachfolgende Satzungsänderung neu festgelegt. Dabei darf eine Schlechterstellung im lfd. Schuljahr 2007/2008 nicht eintreten.

**1. Änderungssatzung zur
Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Erhebung von
Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
vom _____**

Aufgrund von

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.10.2007 (GV NRW 2007 S. 380),
- §§ 4, 6, und 7 des Kommunalenabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (AG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712),
- den Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder Nordrhein-Westfalen vom 12. Februar 2003

in den jeweils zzt. geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 3 Abs. 3 der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich vom 30.06.2006 wird wie folgt geändert:

Die Höhe des Elternbeitrages ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Einkommensgrenze		
	1. Kind	Geschwisterkinder
bis zu 12.271 €	10,00 €	5,00 €
bis zu 24.542 €	20,00 €	10,00 €
bis zu 36.813 €	30,00 €	15,00 €
bis zu 49.084 €	50,00 €	25,00 €
bis zu 61.355 €	70,00 €	35,00 €
über 61.355 €	90,00 €	45,00 €

§ 3 Abs. 9 und 10 werden wie folgt eingefügt:

(9) In besonders schwerwiegenden Situationen kann auf Antrag ein Erlass des Elternbeitrages erwirkt werden.

(10) Für Eltern, deren Kinder verschiedene Betreuungsangebote besuchen, wird der jeweils höchste Beitrag festgesetzt. Eltern, die jeweils ein Kind im Kindergarten und in einem Betreuungsangebot der Gemeinde haben, werden vom Elternbeitrag bei der Gemeinde Wadersloh befreit.

§ 2

Diese Änderung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

7 Widmung Gemeindestraße "An den Weiden"

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Straße „An den Weiden“ wird gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV.NRW. S. 1028, 1996 S. 81, S. 141) zuletzt geändert durch Artikel 114 des Gesetzes vom 25. September 2001 (GV.NRW. S. 708) für den öffentlichen Verkehr als Gemeindestraßen gewidmet. Die Widmung ist mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Müllabfuhrgebühren für das Jahr 2008 Beschluss einer Satzung zur 7. Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Gesamtbedarf für die Abfallentsorgung wird für das Jahr 2008 auf 891.939 € festgesetzt. Die neuen Gebührensätze ergeben sich aus der Gebührenbedarfsberechnung und der Änderungssatzung.

Die nachfolgend aufgeführte Satzung zur 7. Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung wird beschlossen.

**Satzung der Gemeinde Wadersloh vom _____ zur 7. Änderung der
Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung vom 19.12.1991,
zuletzt geändert am 13.12.2001**

Aufgrund von

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) und
- §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712)

in Verbindung mit der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Wadersloh vom 22.12.1993,

in den jeweils zz. geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Die Jahresbenutzungsgebühr beträgt für den

120-l-Abfallbehälter (Restmüll)	=	174,00 €
240-l-Abfallbehälter (Restmüll)	=	348,00 €
Bioabfall-Behälter	=	18,00 €“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

9 Beschluss der 4. Änderung der Hundesteuersatzung

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Satzung zur 4. Änderung der Hundesteuersatzung vom 16.09.1999 wird wie nachfolgend aufgeführt beschlossen.

**Satzung vom _____ .2007 zur 4. Änderung der
Hundesteuersatzung der Gemeinde Wadersloh vom 16.09.1999**

Aufgrund von

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666),
- §§ 3 und 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712)

in den jeweils zz. geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Hundesteuersatzung der Gemeinde Wadersloh vom 16.09.1999, zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 14.05.2003, wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

§ 2 Steuermaßstab und Steuersatz

- (1) Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einem Hundehalter oder von mehreren Personen gemeinsam
- | | |
|--|---|
| a) nur ein Hund gehalten wird | 54,00 € |
| b) zwei Hunde gehalten werden | 78,00 € je Hund, |
| c) drei oder mehr Hunde gehalten werden | 90,00 € je Hund, |
| d) nur ein gefährlicher Hund gehalten wird | 324,00 € je Hund, |
| e) nur ein Hund bestimmter Rassen gehalten wird | 162,00 € je Hund, |
| f) zwei oder mehr gefährliche Hunde oder Hunde bestimmter Rassen gehalten werden | 480,00 € je gefährlichem Hund und 240,00 € je Hund bestimmter Rassen. |

Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 3 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt; Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 4 gewährt wird, werden mitgezählt.

- (2) unverändert
(3) unverändert

2. § 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe Blinder, Tauber und sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „B“, „Bl“, „aG“ oder „H“ besitzen.

3. § 4 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Steuer ist auf Antrag auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 2 zu ermäßigen für Hunde, die zur Bewachung von Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m entfernt liegen, erforderlich sind, jedoch für höchstens einen Hund.
- (2) Für Kampfhunde im Sinne des § 2 Abs. 2 wird eine Steuerermäßigung nach Absatz 1 nicht gewährt.

4. § 7 erhält folgende Fassung:

- (1) unverändert
- (2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Festsetzungsbescheides für die zurückliegende Zeit und sodann jährlich am 15.02. mit dem Jahresbetrag fällig. Bis zum Zugehen eines neuen Festsetzungsbescheides ist die Steuer über das Kalenderjahr hinaus zu dem gleichen Fälligkeitstermin weiter zu entrichten. Endet die Steuerpflicht während des Jahres, so ist die zu viel gezahlte Steuer zu erstatten.

5. § 8 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

- (3) Die Gemeinde übergibt bei der Anmeldung oder übersendet mit dem Steuerbescheid für jeden Hund eine Hundesteuermarke. Der Hundehalter darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der sichtbar befestigten gültigen Hundesteuermarke laufen lassen. Der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Gemeinde die gültige Steuermarke auf Verlangen vorzuzeigen. Bis zur Übersendung einer neuen Steuermarke behält die bisherige Steuermarke ihre Gültigkeit. Bei Verlust der gültigen Steuermarke wird dem Hundehalter eine neue Steuermarke gegen Ersatz der Kosten ausgehändigt.

6. § 10 erhält folgende Fassung:

Diese Hundesteuersatzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 28:03:01 (J:N:E) Stimmen.

10 Unterschutzstellung des Wohn- und Wirtschaftsgebäudes (Bauernhaus) Langenberger Straße 59, Wadersloh, gem. § 3 Denkmalschutzgesetz (HA 19, P. 6)

Der Bürgermeister verwies nochmals auf die Verfügung des Landrates des Kreises Warendorf. Da der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung die Unterschutzstellung nicht beschlossen habe, sei nun eine endgültige Entscheidung durch den Gemeinderat zu treffen. Wenn dieser eine Unterschutzstellung nicht beschließt, wird der Landrat als Sonderaufsichtsbehörde die geeigneten Schritte zur Eintragung auf Kosten der Gemeinde Wadersloh selbst durchführen.

Beschluss:

Das Wohn- und Wirtschaftsgebäude (Bauernhaus) Langenberger Straße 59, Kulturgüterfassungsliste Nr. 141, wird gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz unter Denkmalschutz gestellt und in die Denkmalliste der Gemeinde Wadersloh eingetragen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 07:25:00 (J:N:E) Stimmen.

11 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 "Bahnhofstraße/Wilhelmstraße" - Aufstellungsbeschluss zur Änderung

BM Westhagemann nahm Bezug auf die Vorlage, die dem Hauptausschuss übermittelt wurde. Dieser Bebauungsplan sei der hauptsächliche für den betreffenden Bereich.

Beschluss:

Gemäß § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 in der zurzeit gültigen Fassung wird der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Bahnhofstraße/Wilhelmstraße“ gefasst. Der Änderungsbereich umfasst zunächst den gesamten Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes im Ortskern von Wadersloh. Im Laufe des weiteren Verfahrens wird der genaue Änderungsbereich anhand der noch im Detail festzulegenden Planungsziele konkretisiert und festgelegt.

Mit dieser Änderung des Bebauungsplanes sollen die bisher erarbeiteten Konzepte und Handlungsempfehlungen zur Umgestaltung bzw. Verbesserung des Ortskernbereiches von Wadersloh - unter besonderer Berücksichtigung der Einzelhandelsstrukturen - planungsrechtlich umgesetzt werden.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**12 Planungsentscheidung über Einzelhandelsstandorte
im Ortsteil Wadersloh (HA 20/07, P. 26.1)**

Nachdem der Bürgermeister diesen Punkt zur Beratung aufgerufen hatte, bat RM B Marx, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um die aktuellen Entwicklungen kurz besprechen zu können. RM Bösl regte an, zunächst dem Bürgermeister Gelegenheit zu geben, den momentanen Stand zu erläutern.

BM Westhagemann machte deutlich, dass der heutige Stand das Ergebnis intensiver Vorüberlegungen, Beratungen und Gespräche der letzten Jahre sei. Es wurden verschiedene Standorte in die Überlegungen einbezogen: das sog. RWE-Grundstück, mögliche Änderungen im Bereich Dreischenhoff und der Bereich Bahnhofstraße/Festwiese.

In der letzten Sitzung des Bau-, Planungs- und Strukturausschusses am 17.12.2007 wurde vom Planungsbüro Wolters ein Integriertes Handlungskonzept zur Ortsmitte Waderslohs vorgestellt und beraten. Dieses allgemeine Konzept soll Grundlage für alle weiteren Überlegungen sein.

In dem Gesamtzusammenhang sei zu berücksichtigen, dass Einzelhandelsstandorte außerhalb der geschlossenen Ortslage kaum mehr genehmigt werden. Es müsse sich um einen integrierten Standort handeln und das sei im Bereich Bahnhofstraße/Festwiese gegeben.

Die Kirchengemeinde als einer der Grundstückseigentümer habe Zustimmung signalisiert. Bezüglich des zweiten Grundstückseigentümers könne berichtet werden, dass inzwischen ein notariell beurkundetes Kaufangebot vorliege. Des Weiteren sei ein Zeitplan zur Realisierung des Projektes, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt werde, vorgelegt und die Solvenz des Investors glaubhaft nachgewiesen worden.

Die für verschiedene Veranstaltungen genutzte Festwiese könne in leicht veränderter Form ohne wesentliche Einschränkungen dafür weiter genutzt werden.

Insgesamt, so der Bürgermeister, sei dieses Projekt an der Bahnhofstraße nun entscheidungsreif und es sollten die entsprechenden nächsten Schritte beschlossen werden. Da inzwischen sogar einzelne Ratsmitglieder durch Interessenvertreter direkt angesprochen und angeschrieben würden, halte er es für dringend erforderlich, möglichst schnell die notwendigen Beschlüsse zu fassen. In dem Zusammenhang bat er die Ratsmitglieder, sich in ihren Überlegungen zu diesem äußerst wichtigen Sachverhalt für Wadersloh vor allem an den städtebaulichen Notwendigkeiten und nicht an den Interessen einzelner Investoren zu orientieren.

Nach dieser Einführung in die Thematik wurde die Sitzung aufgrund des Wunsches von RM B. Marx unterbrochen. Er bat darum, sich einige Minuten mit den Vorsitzenden der anderen Fraktionen abstimmen zu können.

Unterbrechung von 19:22 bis 19:30 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bat RM Bösl um eine erneute Unterbrechung. Der Vorschlag der Vorsitzenden der anderen Fraktionen, den man ihm in der vorangegangenen Sitzungsunterbrechung unterbreitet habe, decke sich nicht mit der aktuellen Beschlusslage der CDU-Fraktion. In der gewünschten Sitzungsunterbrechung wolle er mit den Mitgliedern seiner Fraktion dies abstimmen.

Unterbrechung von 19:32 bis 19:45 Uhr.

RM Bösl berichtete von dem Vorschlag, der bei dem Abstimmungsgespräch zwischen der Vorsitzenden der Fraktionen unterbreitet wurde. Diesem habe sich die CDU-Fraktion im Rahmen der anschließenden Kurzberatung anschließen können.

Da die Bedeutung der anstehenden Entscheidungen für Wadersloh als außerordentlich anzusehen sei, bestehe der Wunsch, eine möglichst von allen getragene Lösung zu erarbeiten. Mit diesem Ziel solle der Sachverhalt zunächst gemeinsam mit dem Bürgermeister in der Runde der Fraktionsvorsitzenden beraten werden. Dabei gehe es auch darum, ein Planungsverfahren abzustimmen, dass idealerweise eine einstimmige Zustimmung bekommt.

Aus diesem Grund solle

- heute keine weitere inhaltliche Beratung stattfinden,
- der Bürgermeister zeitnah zu einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden einladen und
- gleichzeitig mit einer zu terminierenden Bürgerversammlung die öffentliche Diskussion einleiten.

RM B. Marx bedankte sich bei der CDU-Fraktion ausdrücklich für ihre spontan zugestandene Zustimmung zu diesem Verfahren. Er wies noch darauf hin, dass im Rahmen der nun beginnenden öffentlichen Diskussion darauf aufmerksam gemacht werden müsse, dass im Falle der Realisierung des Standortes Bahnhofstraße/Festwiese die weitere Entwicklung des Dreischenhoffs ebenfalls im Fokus stehe.

Bürgermeister Westhagemann fasste die Redebeiträge zu folgendem Beschluss zusammen und lies darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Vorsitzenden der vier Fraktionen haben auf Grund des Standortvorschlages für den Einzelhandel an der Bahnhofstraße Informationsbedarf. Aus diesem Grund lädt der Bürgermeister die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch zum Thema „Planungsentscheidungen“.

Außerdem stellt der Bürgermeister dieses Projekt der Öffentlichkeit in einer Bürgerversammlung vor.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

13 Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen lagen nicht vor.

14 Berichte der Ausschüsse

14.1 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 9 am 12.11.2007

14.2 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 21 am 15.12.2007

14.3 Ausschuss für Umwelt und Landschaft Nr. 7 am 21.11.2007

Fragen zu den Punkten 14.1 bis 14.3 wurden nicht gestellt.

14.4 Ausschuss für Familie und Soziales Nr. 11 am 22.11.2007

RM Weinekötter wies darauf hin, dass der Redebeitrag des SB Dominik Baumeister in die Niederschrift nicht aufgenommen worden sei. Er bat um entsprechende Ergänzung im Sinne der Äußerung der FDP-Fraktion im anschließenden Hauptausschuss.

Der Bürgermeister schlug vor, dies in der nächsten Sitzung des FSA unter „Niederschrift der letzten Sitzung“ erneut anzusprechen und zu protokollieren.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

14.5 Hauptausschuss Nr. 20 am 05.12.2007

Fragen wurden nicht gestellt.

15 Verschiedenes;

Termin der Ratssitzung vom 30.04.2008

RM K. Grothues bat darum, den Termin der Ratssitzung am 30.04.2008 zu überdenken. Dieser Termin sei seines Erachtens unglücklich gewählt, da am darauf folgenden Tag ein Feiertag (Christi Himmelfahrt und 1. Mai) sei.

Ergebnis:

Der Bürgermeister wird prüfen, ob die bisher für den 30.04.2008 terminierte Ratssitzung auf einen anderen Tag verlegt werden kann.

BM Westhagemann verabschiedete die Zuhörer, bedankte sich für die Zusammenarbeit im nun zu Ende gehenden Jahr und wünschte allen ein schönes Weihnachtsfest.

Ende des öffentlichen Teils: 19:55 Uhr.

Theo Westhagemann
Bürgermeister

Schiffthürer